Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1917 Nr. 655 — Morgen-Ausgabe — Jahrgang 210

Bezugspreis in Halle u. Vororte 3.25 M. Durch die Post bezogen 3.50 M. und das Vierteljahr monatlich 1.30 M. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt, Neuheitsblatt, Illustriertes Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt), Landw. Mitteilungen, Jungfr. Modenzeitung, Sächsische Provinzialblätter, Kinderzeitung (für die junge Welt)

Anzeigengebühren: für die siebengespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig, Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto Leipzig Nr. 2161

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7-01 während der Geschäftsstunden. Nach Geschäftsschluß Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. H. Simon, Halle

Montag, 24. Dezember 1917

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6911. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Beginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

Zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

Der Bundesrat durch die Erklärungen des Reichskanzlers befriedigt

Nach der „V. Z." hat die Besprechung der stimmführenden Bevollmächtigten zum Bundesrat mit dem Reichskanzler Grafen Hertling die den jetzt beginnenden Friedensverhandlungen galt, am Freitag mittag stattgefunden. Auch die Bundesratsmitglieder waren, gleich wie am Tage vorher die Fraktionsführer des Reichstages, von den Mitteilungen des Reichskanzlers befriedigt.

Eine deutsche Abordnung auf dem Wege nach Petersburg

Im Zusatz zu dem deutsch-russischen Waffenstillstandsvertrage ist vorgesehen, daß die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den vertragschließenden Ländern schon vor Abschluß der Friedensverhandlungen wieder hergestellt werden sollen. Zu dem Zweck war vorgesehen, daß ein besonderer Ausschuß in Petersburg zusammentreten sollte. Nachdem ein derartiger österreichisch-ungarischer Ausschuß bereits die Reise nach Rußland angetreten hat, ist ihm in diesen Tagen ein gemischter Ausschuß von Vertretern verschiedener deutscher Behörden gefolgt. Dem Wunsche der stimmführenden Bundesratsbevollmächtigten folgend, hatte der Reichskanzler am Freitag nachmittag mit ihnen eine längere Besprechung, worin er ihnen, ebenso wie vorher bereits den Fraktionsführern des Reichstages, die Grundlinien vorlegt, nach denen die deutschen Friedensunterhändler verfahren sollen.

Der Vertreter des österreichisch-ungarischen Armee-Oberkommandos bei den Friedensverhandlungen, Feldmarschalleutnant von Cseicseries, ist in Brest-Litowsk eingetroffen. Er wurde mit seinen militärischen Begleitern vom Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern empfangen. Dem „Pester Lloyd" zufolge ist die Mitteilung, daß Geheimrat Josef Szterenyi von der Regierung zu den Präliminarverhandlungen in Brest-Litowsk als volkswirtschaftlicher Beirat für Ungarn entsandt worden sei, in dieser Form nicht richtig. Es besteht allerdings die Absicht, Szterenyi zu den endgültigen Friedensverhandlungen zu entsenden, jedoch nicht zu den Vorverhandlungen in Brest-Litowsk.

Französische Umtriebe in Rußland

Die Wiener Blätter veröffentlichen Folgendes:

Zarskoje Sselo vom 18. Dezember 1917.

An alle und ins Ausland an den Pariser Radiotelegraphen des Herrn Clemenceau.

Der Pariser Radiotelegraph läßt täglich Wellen verleumderischer Nachrichten über das russische politische Leben und seine führenden Männer ausströmen. Irgend ein russisches Informationsbureau in Paris, welches aus einigen russischen Reptilien niederster Ordnung besteht, bringt täglich die allerphantastischsten Nachrichten über die von den Bolschewiki in Rußland verübten Schrecken, wobei über die Genossen Lenin und Trotzki nicht anders als von Agenten der deutschen Regierung gesprochen wird. Der Radiotelegraph der französischen Republik stellt sich demnach der Hintertreppen-Literatur zur Verfügung. Die verleumderische Arbeit des Radiotelegraphen des Herrn Clemenceau wird direkt in russischer Sprache gebracht, anscheinend deswegen, um den unmittelbaren Weg zum Herzen des russischen Volkes zu finden. Man darf nicht daran zweifeln, daß wenn die russischen Radiotelegraphenstationen in den Händen der Miljukow, Kornilow, Kaledin und der anderen Freunde des Herrn Clemenceau wären, die ekelhafte Literatur des französischen Regierungs-Radiotelegraphen eine große moralische Befriedigung bei diesen Herrn erwecken würde. Aber jetzt befinden sich die Radiostationen in den Händen der Soldaten und Arbeiter, also von ehrlichen Leuten. Sie haben nur kühle Verachtung für die frechen Aufrufe, „die Diktatur der Hände von Verrätern, Verbrechern und Betrügern von sich abzuschütteln". Solche Aufrufe schleudert der Radiotelegraph der Herren Poincaré und Clemenceau, des jetzigen Oberhauptes der französischen Regierung, welcher auf diesen Posten durch den Willen der verbündeten Bourgeoisie gestellt wurde, täglich herüber. Man kann umso leichter an die Käuflichkeit der mächtigen revolutionären Partei glauben, da der Herr Clemenceau in seiner Vergangenheit in Panamalöser Zusammenhang mit der Panama-Affäre gestanden hat. Aber die aufgeklärten Arbeiter, Soldaten und Bauern beobachten aus nächster Nähe die Arbeit des Rates der Volkskommissare und sind mit dem persönlichen Leben der alten Revolutionäre, welche zum Besten dieses Rates gehören, zu gut bekannt, als daß die Verleumdungen der Reichsgeheimen irgend einen Eindruck auf sie machen könnten. Das einzige Gefühl, welches die Arbeit des Herrn Clemenceau in ihnen hervorrufen könnte, wäre das Gefühl der tiefsten Verachtung für den Klüngel der konfus gewordenen Herren Panamisten, welche vorläufig noch die Möglichkeit haben, im Namen des verblendeten und verarmten französischen Volkes zu sprechen.

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 23. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Vom Blankaartsee bis zur Dule hielt lebhaftes Artilleriefeuer bis zur Dunkelheit an. Von einem an der Bahn Boesinghe—Staden durchgeführten Unternehmen wurden 30 Engländer gefangen eingebracht.

Beiderseits der Scarpe und südlich von St. Quentin entwickelte sich am Nachmittage rege Feuertätigkeit. Zahlreiche erfolgreiche Erkundungsgefechte zwischen Arras und St. Quentin.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Zu beiden Seiten der Maas nahm in den Abendstunden das Artilleriefeuer zu.

*

Die tagsüber in vielen Abschnitten sehr starke Fliegertätigkeit blieb auch bei mondheller Nacht rege. Sherness, Dover, Dünkirchen, sowie Bahnanlagen und Munitionslager hinter der englischen und französischen Front wurden kräftig mit Bomben belegt.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Die Gefechtstätigkeit blieb gering.

Italienische Front

Ein Vorstoß der Italiener gegen die Höhen westlich vom Monte Asolone scheiterte.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 23. Dez., abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 23. Dezember. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz

Waffenstillstand. Die Friedensverhandlungen wurden am 22. Dezember, 4 Uhr nachmittags, in Brest-Litowsk eröffnet.

Italienischer Kriegsschauplatz

Infolge ungünstiger Witterung und Sichtverhältnisse blieb die Gefechtstätigkeit im allgemeinen gering. Feindliche Teilvorstöße scheiterten.

Der Chef des Generalstabes.

Drei englische Zerstörer torpediert

Hoek van Holland, 23. Dez. (Niederländische Telegraphen-Agentur.) Drei englische Zerstörer sind in der Nähe des Maasleuchtschiffes torpediert worden. Einzelheiten fehlen.

Die Polen beim Reichskanzler

Berlin, 23. Dez. Entsprechend der kürzlichen Einladung seitens des Reichskanzlers ist der polnische Ministerpräsident von Kucharzewski in Begleitung des Chefs des politischen Departements Graf Malachowski-Rostworowski und des Unterstaatssekretärs im Finanzministerium von Wieniawski gestern früh in Berlin eingetroffen. Im Laufe des Vormittags wurde Herr von Kucharzewski vom Reichskanzler empfangen und hatte Gelegenheit, die laufenden Fragen mit ihm zu besprechen, wobei auch die Wünsche der polnischen Regierung in bezug auf die Friedensverhandlungen mit Rußland zur Sprache kamen. Im Anschluß an den Empfang fand ein Frühstück im kleinen Kreise statt, an dem von deutscher Seite Generalgouverneur von Beseler, Staatssekretär Graf Rödern, die Unterstaatssekretäre von dem Bussche und Lewald sowie der bayerische Minister des Innern von Brettreich teilnahmen. Abends gab eine Einladung des Unterstaatssekretärs Freiherrn von dem Bussche den polnischen Herren Gelegenheit, mit einer Reihe von politischen Persönlichkeiten zusammenzutreffen; auch der Sonntag wird zu politischen Aussprachen benutzt werden. Die Rückreise nach Warschau findet Sonntag abend statt.

Englands und Frankreichs finanzielle Kriegsrüstung

Je länger sich der Weltkrieg hinzieht, desto deutlicher offenbart sich die Ueberlegenheit Deutschlands. Nicht nur seine militärische Strategie, sondern auch seine finanzielle Kriegsrüstung schlägt alle seine Gegner aus dem Felde. Mit welcher Ruhe und Ueberlegenheit vollzieht sich die Aufbringung der gewaltigen Summen, deren Deutschland zur Führung des Krieges benötigt! Stellt man dem die finanziellen Zustände der Entente gegenüber, so schwindet jeder Zweifel an den deutschen Endsieg. Von unseren Feinden stehen ja überhaupt nur noch Frankreich und England auf eigenen Füßen. Rußland und Italien sind an ihren ungesunden wirtschaftlichen Zuständen unheilbar zusammengebrochen, die kleinen Staaten sind endgültig geschlagen, und Amerika hält sich noch in weiter Ferne. Was bleibt also von unseren Feinden noch übrig? England und Frankreich. Und auch diese beiden Säulen einstiger Entente-Herrlichkeit sind erschüttert. England hat jetzt zur Tilgung seiner Finanznot „nationale" Schatzbons ausgegeben, deren Erfolge, obwohl sie mit fast 5½ v. H. verzinslich sind, den Hoffnungen der englischen Regierung nicht entsprechen. Während die Kriegsausgaben Englands die Staatseinnahmen um durchschnittlich 30 Millionen Pfund Sterling in der Woche übersteigen, werden von den „nationalen" Bons durchschnittlich nur 3½ Millionen Pfund in der Woche abgesetzt. Die Schulden Englands wachsen also weiter. Dabei berechnet der englische Schatzkanzler Bonar Law die tatsächliche Zunahme der englischen nationalen Schuld während des Krieges auf 3 Milliarden Pfund Sterling (60 Milliarden Mark). Hinter den Großsprechereien der englischen Minister und Staatsmänner steckt also nichts, und die Bemühungen der englischen Regierung, die kleinen Sparer für die Zeichnung der Kriegssparscheine zu gewinnen, haben sich als vergeblich erwiesen.

Schlimmer noch als England ist Frankreich daran. Frankreich leidet unter einer ungeheuren schwebenden Schuld, die jede Gesundung des wirtschaftlichen Lebens ausschließt. Der französische Staatsschatz hat im In- und Auslande Schulden über Schulden aufgehäuft und allein die Bank von Frankreich, das Zentralinstitut des französischen Wirtschaftslebens, um 12½ Milliarden Franken angeborgt. Durch diese Vorschüsse ist der Notenumlauf der Bank auf fast 22 Milliarden Franken gestiegen. Die Golddeckung der französischen Noten ist daher auf 15 v. H. gesunken. Daß unter solcher Mißwirtschaft die französische Kriegsrüstung leidet, ist begreiflich. Auch die Ergebnisse der beiden französischen Anleihen sind so kläglich, daß die Regierung lange mit der Ausgabe einer dritten Anleihe gezögert hat. Erst durch die Zwangslage des Staates genötigt, hat sie sich entschlossen, eine dritte Anleihe zu wagen. Doch stieß sie sofort auf die ablehnende Haltung der französischen Sparer. Es ist gewiß kein Zufall, daß fast in allen Entente-Ländern die Anleiheversuche scheitern, und man kann daraus schließen, daß die Völker der Entente des Krieges müde sind, daß sie den Appell an den Geldbeutel entschieden ablehnen und für den unbeliebten Krieg keinen Pfennig mehr opfern wollen.

Unter solchen Umständen haben wir wahrlich keinen Grund zu verzagen. Deutschlands Sache steht gut. Wenn nur unser Volk einig bleibt und treu zusammenhält, muß der Tag kommen, an dem der Kriegswille unserer Feinde zerbricht und Deutschland ein ehrenvoller Friede zuteil wird.

Spanier in der französischen Fremdenlegion

In Pariser diplomatischen Kreisen verfolgt man aufmerksam den Verlauf der Mission Aganas, der von der spanischen Regierung beauftragt wurde, eine Untersuchung über die Zustände in den spanischen Bataillonen der französischen Fremdenlegion vorzunehmen. Die bisherigen Ergebnisse haben bereits in Madrid peinliches Aufsehen erregt. Von dem angeblich 4000 Soldaten, die die spanischen Bataillone bilden, sind kaum mehr 300 am Leben, da die französische Regierung die Spanier ebenso wie die Senegalneger in rücksichtslosester Weise überall dort als Kanonenfutter verwendet, wo sie die eigenen Truppen der Gefahr wegen nicht verwenden will. Da die ärztliche Hilfe für die Fremdenlegion unzureichend ist, sind auch die Verwundeten meistens dem Tode geweiht. Die spanische Regierung will diesbezüglich Vorstellungen machen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191712241-19/fragment/page=0001

Protest der Rumänen gegen die heuchlerische englische Politik

Bukarest, 23. Dez. In Craiova, der Hauptstadt der kleinen Walachei, fand am 19. Dezember im Nationaltheater eine große politische Versammlung statt, die der ehemalige rumänische Gesandte in Berlin Alexander Beldiman und Prinz Georg Ctirbey einberufen hatten. Der Saal war von Angehörigen aller Parteien aus Stadt und Land überfüllt. Die Versammlung wurde durch eine Ansprache des Aeltesten der dortigen Konservativen, Professor Bumbacila eröffnet, der Beldiman in herzlichen Worten willkommen hieß. Auf der Tagesordnung stand die bekannte Trostrede des englischen Ministers Carson über das tragische Schicksal Rumäniens.

Beldiman wies in einer zündenden Rede die ganze Hohlheit und Heuchelei des Schlagwortes nach, wonach England und seine Verbündeten für Gerechtigkeit und die Freiheit der kleinen Völker und Staaten wie für ihre eigene Sache kämpften. Der Vortrag klang in einem entschiedenen Protest dagegen aus.

Beldiman sagte unter allgemeinem Beifall:

Wir stellen aufs Nachdrücklichste die geschichtliche Wahrheit fest, die nichts umstoßen kann, daß die kleinen Völker und Staaten unseres Ostens gerade von England und seinen Verbündeten an dem Tage der russischen Eroberungspolitik preisgegeben wurden, als diese Mächte dorein willigten, daß das Zarenreich seine Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen ausdehnen sollte. Dadurch haben die Westmächte ihr eigenes Werk zerstört, das sie durch den Krimkrieg und den Pariser Frieden aufgerichtet hatten, als sie die rumänischen Fürstentümer vom unerträglichen Joche der russischen Schirmherrschaft befreiten und Rumänien den Weg zu seiner selbstständigen nationalen Entwicklung und Unabhängigkeit ebneten. Heute befindet sich Rumänien infolge der Politik derselben Westmächte zwischen der russischen Revolution einerseits und ohnmächtigen Erklärungen der Regierungen in London und Paris andererseits. Diese versuchen jetzt, die von ihnen selbst hingeopferten kleinen Völker und Staaten durch trügerische Hoffnungen auf eine Zukunft der Freiheit und Gerechtigkeit zu vertrösten, an die sie selbst nicht mehr glaubten. Wir Rumänen erklären, daß, so furchtbar auch die Katastrophe unseres Landes sein mag, für die die verhängnisvolle Politik Bratianus in erster Linie verantwortlich ist, wir doch nicht den gesunden Menschenverstand und das Urteil für die Wirklichkeit verloren haben, um ohne Einspruch die heuchlerische Herausforderung des englischen Ministers hinzunehmen. Wir Rumänen verteidigen heute unser Dasein und unsere Zukunft, indem wir die Rückkehr zur Politik unserer Väter von 1856 und 1883 fordern.

Die durch die letzten Reden des englischen Premierministers Lloyd George und des Ministers Carson sowie Churchills vertretene Politik des Krieges bis zum äußersten bedeutet in Wirklichkeit für die kleinen Völker und Staaten nicht den Endsieg, auf den sie warten sollen, sondern deren völlige Vernichtung.

Der Fall Caillaux vor der französischen Kammer

Paris, 22. Dez. (Kammer.) Vor dichtgefülltem Hause legte Poisani als Berichterstatter den Beschluß der Kommission dar und sagte: Wir wollen Gerechtigkeit und Bestrafung, aber nicht Rache. Loustalot verlas eine kurze Erklärung, in der er seiner Entrüstung Ausdruck gab, eines solchen Verbrechens beschuldigt zu sein. Caillaux bestieg hierauf die Bühne und verantwortete sich gegen die Anklage, eine Annäherung an die Feinde versucht zu haben. Er habe stets dem Lande gedient. Er ging dann auf seine Beziehungen zu Bolo und dem „Bonnet Rouge" ein. Seine Erklärungen wurden schweigend angehört.

Versagen des englischen Schiffsbaues

Im Verlauf dieses Krieges wurden die hochgespannten Erwartungen Englands durch die tatsächliche Entwicklung der Ereignisse so häufig enttäuscht, daß man sich in Deutschland darüber wundern muß, wie es möglich ist, daß ein großes und aufgeklärtes Volk wie die Engländer noch länger zaudern kann, die Folgerung aus den fortgesetzten Mißerfolgen zu ziehen. Ein bezeichnendes Eingeständnis der englischen Enttäuschung enthielt jüngst der „Daily Telegraph": „Die Jungfernrede des Ersten Lords der Admiralität Geddes hat uns," so schreibt das Blatt, „den Beweis erbracht, daß die Unterseebootfrage noch lange nicht gelöst ist. Der Bedarf an Schiffsraum wächst zusehends. Die Versenkungsziffern sind immer noch ernst genug. Liest man Geddes Rede im Licht der Voraussagen, wie sie Lord Curzon bei Beginn dieses Jahres machte oder im Lichte der optimistischen Versprechungen Lloyd Georges über den Umfang unserer Schiffsbauleistungen, so gewinnt man den Eindruck, daß keine dieser Hoffnungen sich erfüllt hat. Die Lage wird ernster und ernster."

Derselben Ueberzeugung gibt „Daily Chronicle" Ausdruck, indem es schreibt: „Die Erwartungen, welche die Regierung auf den von englischen Werften in diesem Jahre vom Stapel zu lassenden neuen Schiffsraum setzte, werden sich nicht verwirklichen, und zwar aus Mangel an Arbeitskräften. Infolge des Schiffsraummangels muß sich die Lebensmittellage in den nächsten vier Monaten verschlimmern."

Wäre Selbsterkenntnis der erste Schritt zur Besserung, so müßte in England bald ein Nachlassen des aussichtslosen Kriegswillens zu spüren sein. Es scheint jedoch, daß sich die Lebensmittelschwierigkeiten drüben noch erheblich verschärfen müssen, ehe man den entscheidenden Schritt zur Besserung wagt.

Englische „Beschützer"

Kürzlich trafen in Gotenburg die schwedischen Dampfer „Atina", „Ulla" und „Sola" in schwerbeschädigtem Zustande ein. Ihre Mannschaften berichteten, daß sie von England aus in einem von zwei Zerstörern und einigen Bewachern geführten Geleitzuge abgefahren und in der Nordsee von einem schweren Sturm überfallen worden seien. Verschiedene der Handelsschiffe seien während der Nacht spurlos verschwunden und wahrscheinlich mit Mann und Maus untergegangen, darunter vermutlich der schwedische Dampfer „Vind". Als der orkanartige Sturm ausbrach, hätten die begleitenden englischen Kriegsschiffe ihre Schützlinge einfach im Stich gelassen und seien umgekehrt. Später hätte sich herausgestellt, daß die Geleitfahrzeuge von England aus drahtlose Sturmwarnungen erhalten hätten, die sie jedoch den übrigen Schiffen nicht mitgeteilt hätten. Dennoch überließen sie also den Geleitzug einfach seinem Schicksal und soraten für ihre eigene Sicherheit.

Ein Friedensantrag in der italienischen Kammer

Italienische Blätter berichten über die gestrige Sitzung der Kammer: Bei den fortgesetzten Verhandlungen über die Regierungserklärungen erklärte Pietravalla, einer der Gründe für den Defaitismus sei der amtliche Sozialismus, der in gewisser Hinsicht unbewußt selbsttätig zersetzende Tätigkeit auf die Einigkeit der Kämpfer ausgeübt habe. Ein anderer Umstand sei der Vatikanismus im Gegensatz zu der patriotischen Tat im ganzen Volke. Crespi sprach über die wirtschaftlichen Fragen des Krieges. Er habe bei seinem Aufenthalt in London erreicht, daß sofort beträchtliche Mengen Mehl aus den Vorräten des englischen Heeres in Frankreich nach Italien gesandt wurden. Im Anschluß hieran reichte der Sozialist Morgari folgende Tagesordnung ein: „Die Kammer fordert die Regierung auf, an die verbündeten, feindlichen und neutralen Mächte einen Vorschlag zu einem allgemeinen Frieden und zur Neuordnung der internationalen Vereinbarungen zu machen, gegründet auf der Abschaffung des Rechtes zur Kriegserklärung, wie sie bisher gebräuchlich war." Der Redner erklärte, er hoffe, daß Wilson zu seiner früheren Haltung hinsichtlich der Friedensvorschläge Deutschlands zurückkehren werde und protestierte gegen die Anklagen, die seit drei Jahren gegen die Sozialisten erhoben würden. Nach erregtem Lärm führte Ministerpräsident Orlando aus, Morgari habe die Notwendigkeit des Friedens bewiesen wollen. Er hätte vorher die Folgen des Krieges zeigen müssen. Morgari habe gesagt, die Mittelmächte seien in der Lage einer belagerten Stadt, die glückliche Ausfälle unternehme. Einer derselben sei die Besetzung Venetiens Er, Orlando, verweise auf das, was in der Geheimsitzung gesagt worden sei. Sonnino erklärte: Ich werde nichts sagen, was den Feind nützen könnte. (Beifall.) Morgani rief hierauf: Es muß durchaus Waffenstillstand geschlossen werden! (Lärm. Proteste.) Der stellvertretende Vorsitzende der Kammer, Borelli, erklärte, Morgari äußere Gedanken, die nicht diejenigen des Hauses seien. (Anhaltender Beifall.)

Die Italiener benutzen völkerrechtswidrige Geschosse

In letzter Zeit wurden bei italienischen Zusammenstößen Infanteriegeschosse gefunden, die Völkerrechtsbestimmungen gröblich verletzen. Sie haben zwei Bleiterne und eine Schrotfüllung. Beim Einschlagen wird die Schrotladung auseinandergetrieben und der getroffene Körper in schauderhafter Weise zerrissen.

Kein neues deutsches Friedensangebot

Washington, 22. Dez. (Neutermeldung.) Staatssekretär Lansing nahm heute zu den Gerüchten von einem neuen deutschen Friedensangebot zu Weihnachten Stellung und erklärte, daß das Staatsdepartement davon keine Kenntnis erhalten habe. Die Haltung der Vereinigten Staaten sei unverändert und bleibe im Einklang mit den Bedingungen der Verbündeten, daß Deutschland Wiederherstellung und Schuldlosshaltung gewähren solle.

Lloyd George und der U-Bootkrieg

Berlin, 23. Dez. Der englische Ministerpräsident Lloyd George hat am 19. November im Unterhaus die bestimmte Behauptung aufgestellt, am 17. November seien fünf deutsche U-Boote vernichtet worden. Wenn diese Angabe bisher unwidersprochen blieb, so bedeutete dies keineswegs stillschweigende Zustimmung, sondern abwartende Prüfung. Nachdem nunmehr die Rückkehr der zu jener Zeit in See gewesenen Boote die Lage übersehen läßt, ist, wie von amtlicher Stelle erklärt wird, festgestellt, daß die vom englischen Ministerpräsidenten aufgestellte Behauptung unzutreffend ist.

In scharfem Gegensatz zu den hoffnungsvollen Aeußerungen der englischen Minister über die Leistungen des Schiffbaues steht folgende Erklärung, die der liberale Abgeordnete Lambert, bis 1915 Zivillord der Admiralität, nach den „Times" vom 14. Dezember im Unterhaus abgegeben hat: Der englische Schiffsraum, den die U-Boote in den letzten vier Monaten versenkt haben, ist nahezu ebenso groß, wie unsere gesamte Schiffsraumerzeugung während des Jahres 1914.

Die Gründung einer deutschfreundlichen Partei in Paris wird beabsichtigt

In den Wandelgängen der französischen Kammer bespricht man lebhaft die Möglichkeit der Gründung einer neuen Partei, die einen Verständigungsfrieden mit Deutschland auf Grund der Lawsdownschen Erklärungen anstreben würde. Die völlig inhaltlose Anklage gegen Caillaux und der Fortschritt der russischen Friedensverhandlungen haben die Voraussetzung für eine derartige Gruppe geschaffen, an die auch nur zu denken vor wenigen Wochen noch Wahnsinn gewesen wäre. Senator Dupuy würde sich im Falle einer parlamentarischen Schlappe Clemenceaus der Gruppe anschließen.

Wir trauen dieser Friedensgruppe noch keine übermäßigen Erfolge zu, immerhin ist die Möglichkeit, daß sie gegründet wird, nicht ausgeschlossen, denn trotz der Schreier wird die Kriegsmüdigkeit Frankreichs immer größer.

Schweden und England

Stockholm, 23. Dez. In einem neulich hier gehaltenen politischen Vortrag war die Behauptung aufgestellt worden, daß England ungefähr am 1. Juni d. Js. der schwedischen Regierung angeboten hätte, zu einem gewissen angegebenem Preise 200 000 oder 250 000 Tonnen Kohlen monatlich nach Schweden zu senden, ein Anerbieten, das die damalige Regierung aber abgelehnt hätte. Daraufhin ersuchte Svenska Telegrambyran an maßgebender Stelle um eine Erklärung und erfuhr, daß die Nachricht in wesentlichen Teilen unrichtig wäre. Es hätte kein besonderes Anerbieten betreffend bestimmter Mengen und zu einem bestimmten Preise vorgelegen. Die Schwierigkeiten, für Schweden englische Kohlen zu bekommen, sind nicht auf die Neigung der schwedischen Behörden, englische Kohlen zu verwerfen, wie Redner behauptete, zurückzuführen, sondern auf die Schwierigkeiten, mit denen die schwedische Schiffahrt angesichts des Mangels an Schiffsraum bei der Einführung von Kohlen zu kämpfen hat.

Eine neue vielverbändlerische Verrücktheit

Welschschweizer Blätter geben eine Heraldmeldung wieder, die auf Grund von Briefen die Deutschen beschuldigt, einen Vielverbandsluftangriff gegen Antwerpen vorgetäuscht zu haben, um die Bevölkerung gegen den Vielverband aufzuhetzen. Deutsche Flieger hätten Bomben auf die Stadt abgeworfen und Hunderte von Personen getötet. Der Gedanke, eine Stadt im eigenen Besitz, in der sich zahllose eigene Anlagen und Soldaten befinden, einer Täuschung wegen zu bombardieren, ist so unwahrscheinlich, daß eine Widerlegung sich nicht verlohnt. Aber es wird immer Leute geben, die diesen Unsinn zu glauben vorgeben und damit Stimmung gegen uns machen.

Die Aussichtslosigkeit der Verlängerung des Krieges für die Westmächte

Die Neutralen, die durch so mannigfache politische Interessen miteinander verbunden sind, nähern sich auch in ihrer Beurteilung der Kriegslage immer mehr einander an. Sie sehen und erkennen heute am unparteiischsten, was bei den Mittelmächten seit langem Ueberzeugung ist und was man nun in England nicht sehen und erkennen will: daß die Fortsetzung des Krieges für die Westmächte nachgerade aussichtslos geworden ist. Im Anschluß an die russische Friedensaktion führt dazu „Sozialdemokraten" (Kopenhagen) vom 5. Dezember aus:

„Eine gewisse Presse in Dänemark und im Auslande hat das Wort Sonderfrieden zu etwas Verabscheuungswürdigem gemacht. Natürlich wäre ein allgemeiner Frieden besser als ein Sonderfrieden. Kann dieser aber nicht der Weg zum allgemeinen Frieden werden? Mehrere Angeichen deuten darauf hin, daß dieser entschlossene Schritt zu baldigen allgemeinen Friedensverhandlungen führen kann: Lord Lansdownes Friedensbrief, die Zustimmung des überwiegenden Teils der liberalen englischen Presse, Hendersons Friedensarbeit, die scharfe Opposition der französischen Sozialdemokratie gegen Clémenceau und jetzt Amerikas eigentümliche Haltung den Bolschewiki gegenüber. Der Krieg wurde zum Weltkrieg, indem ein Glied an das andere gefügt wurde; umgekehrt ist es jetzt Pflicht, so viel Glieder als möglich aus dieser Kriegskette herauszunehmen. Fehlt erst das Hauptglied, so geht die ganze Kette entzwei. Der wesentlichste Grund für die schreckliche Verlängerung des Weltkrieges liegt in dem Glauben des Verbandes, die Mittelmächte besiegen, den Frieden diktieren zu können und so den Krieg zu einem guten Geschäft zu machen, unter anderem durch Vernichtung der deutschen Industrie."

Deutschland, führt dann das Blatt weiter aus, habe eine Welt gegen sich gehabt, und sei nicht niederzuringen gewesen. Das Ausscheiden Rußlands müßte die Kriegspolitiker des Verbandes zu der Einsicht bringen, daß sie den Krieg nicht gewinnen können, selbst wenn sie ihn bis zum bitteren Ende fortsetzen. Immer seltener höre man die Phrasen vom Kampf der „vereinigten Demokratien" gegen die „Autokratie", vom Krieg für „die Freiheit der kleinen Nationen". Wo sie noch erklingen, klingen sie immer hohler. An dem Tage, wo niemand mehr an sie glaubt, habe der Frieden einen Riesenschritt vorwärts getan.

Versenkt

Kopenhagen, 23. Dezember. Das Ministerium des Aeußern meldet, daß der dänische Dampfer „Arno" (1386 Br.-To.) auf der Reise von England nach Dänemark mit Kohlen in der Nordsee versenkt und die Besatzung in Petershead gelandet wurde.

Die Polizeistunde in der Silvesternacht

Berlin, 24. Dez. Wie mitgeteilt wird, sind die Polizeibehörden ermächtigt, in der bevorstehenden Silvesternacht die Polizeistunde bis spätestens 1 Uhr zu verlängern, soweit hierzu ein Bedürfnis anzuerkennen ist.

Post und Eisenbahn

Form und Beschaffenheit der Briefsendungen

Beim Herannahen des Neujahrsbriefverkehrs erscheint es angebracht, bezüglich der Form und sonstigen Beschaffenheit der Briefsendungen einige Anregungen zu geben, deren Befolgung für den Absender keine besondere Mühe verursacht, der Post aber den Dienst wesentlich erleichtert und somit zu der im Interesse des Publikums erwünschten Beschleunigung in der Bearbeitung der Briefe beiträgt.

Man verwende möglichst Briefumschläge von gewöhnlicher, mittlerer Größe, die viereckig (nicht rund oder oval) sind und sich infolgedessen bequem auffstellen, abstempeln, sortieren und verpacken lassen. Kleinere Briefe schweben in steter Gefahr, sich in Druckschsendungen zu verschieben und dadurch in Verlust zu geraten. Je kleiner die Briefsendung ist, desto undeutlicher wird die Aufschrift. Die Aufschrift muß in gleicher Richtung zu den Längsseiten des Briefumschlags oder der Postkarte niedergeschrieben werden.

Die Freimarken klebe man stets in die obere rechte Ecke der Aufschriftseite. Damit der Bestimmungsort, der für den Postbeamten bei der Absendung zunächst allein wichtig ist, leicht in die Augen fällt, schreibe man ihn stets unten rechts nieder und unterstreiche ihn.

Gibt es mit dem Bestimmungsorte gleich oder ähnlich lautende Postorte oder gesetzt der Postort zu den weniger bekannten, so ist eine zusätzliche Bezeichnung beizufügen, und zwar tunlichst die amtlich festgesetzte, die sich in der Regel im Aufgabestempel befindet, also z. B. Naumburg (Saale). Um die Bestellung der Sendungen zu erleichtern, muß unter der Ortsangabe die Wohnung (Straße und Hausnummer) des Empfängers angegeben werden Bei den nach Berlin gerichteten Sendungen ist außerdem noch hinter der Ortsbezeichnung „Berlin" der Postbezirk (O, N, NO usw.) zu vermerken.

Endlich empfiehlt es sich, auf der Rückseite der Briefsendungen regelmäßig den Absender mit genauer Wohnungsangabe niederzuschreiben.

Blechschilder mit durch Sitographie usw. hergestellten Aufdrucken, bedruckte Lederstücke sowie bedruckte Seiden- usw. Bänder u. dergl. gehören nicht zu den Drucksachen im Sinne der Vorschriften der Postordnung, sie sind daher von der Beförderung gegen die für Drucksachen festgesetzte ermäßigte Taxe ausgeschlossen. Aus dem gleichen Grunde sind auch auf einer Holz- oder Blechunterlage befindliche bedruckte Papierstücke nicht zur Versendung gegen die Drucksachentaxe zugelassen.

Bekanntmachung.

Diejenigen, welche noch enteignete Geschirre und Wirtschaftsgeräte jeder Art aus Kupfer, Messing und Reinnickel zum Gebrauch in Küchen und Backstuben,

Aluminiumgegenstände aller Art, sowie Bierglas- und Bierkrugdeckel

hinter sich haben, werden hiermit aufgefordert, die Ablieferung der vorbezeichneten Gegenstände nunmehr zu bewirken. Nichtbeachtung dieser Aufforderung hat Einleitung des Strafverfahrens zur Folge.

Unsere Sammelstelle befindet sich in der Turnhalle am Roßplatz und ist vom 27. bis 31. d. Mts. geöffnet.

Dienststunden am 27. bis 30. Dezember 9 bis 3 Uhr und am 31. Dezember 9 bis 12 Uhr.

Während dieser Zeit können auch noch andere Gegenstände freiwillig in unserer Sammelstelle zur Ablieferung gelangen.

Halle, den 22. Dezember 1917. Der Magistrat.

Verantwortlich:

für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Oertliches, Landwirtschaftliches, Gerichtssaal und Sport: Heinrich Wiesbner; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: Georg Fernandes; für den übrigen Teil: Dr. Hans Simon; für den Anzeigenteil: Otto Kreibohm, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191712241-19/fragment/page=0002